

China in Afrika: Positive Effekte?

Der Zugang zu Rohstoffen, so eine verkürzende Aussage, sei die Triebfeder hinter Chinas Afrika-Engagement. Die chinesische Export-Industrie braucht billige Rohstoffe um die Produktion zu gewährleisten und damit das Wirtschaftswachstum abzusichern, welches die Grundlage des Entwicklungsprojektes ist: die chinesische Bevölkerung aus der Armut zu führen. Als Rohstoffquellen bieten sich viele Länder und Regionen an – aus einer Reihe von Gründen Afrika aber besonders. Einer der ausschlaggebenden Gründe ist, dass Europa und die USA in den letzten 20 Jahren nur geringes Interesse daran gezeigt haben, positiv auf die Entwicklung in Afrika Einfluss zu nehmen. Chinas Regierung bedient sich in Afrika einer Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, um ein positives Klima zu schaffen, aus dem heraus die wirtschaftlichen Interessen verfolgt werden können. Der chinesisch-afrikanische Handel ist seit den 90er Jahren stetig gewachsen. Importierte China aus Afrika 1995 für 1,4 Milliarden USD Rohstoffe und Waren, so waren es 2006 bereits 28,7 Milliarden USD – davon über 95% Rohstoffe. Chinas Exporte nach Afrika sind von 2,5 Milliarden (1995) auf 26,7 Milliarden (2006) gestiegen. Im besten Fall, so die Verlautbarungen aus Beijing, verläuft der Handel zum beiderseitigen Vorteil: alle sollen verdienen und alle sollen sich entwickeln. Dabei überträgt China implizit einen Teil seines eigenen Entwicklungsweges und bringt ihn mit den Wünschen afrikanischer Länder in Einklang.

Wirtschaftshilfe als Entwicklungshilfe

Es ist notwendig unterschiedliche Akteure auf chinesischer Seite zu identifizieren und ihr Agieren auseinander zu halten um das Entwicklungshilfemodell zu beurteilen. Der chinesische Staat taucht in Afrika vor allem dann direkt auf, wenn Entwicklungshilfe bzw. Wirtschaftshilfe vergeben wird. Entwicklungshilfe wird in Form von konkreten Maßnahmen vergeben – Krankenhäuser, Malaria-stationen, Präsidentenpaläste – gebaut nicht selten, aber eben auch nicht immer, von chinesischen Bauunternehmen vor Ort. China bietet auch Kredite an, die dann den afrikanischen Regierungen zur Verfügung stehen, um Schritte in der eigenen Entwicklung zu finanzieren. Verwendet werden diese Kredite vor allem für Infrastrukturmaßnahmen, also Straßenbau, den Bau von Dämmen und Kraftwerken, oder auch Eisenbahnaufbau und die Entwicklung von Industrieparks. Ein afrikanischer Staat bewirbt sich um einen solchen Kredit und es wird ausgehandelt, wie dieser zurückgezahlt wird. Zentrale chinesische Institution hierfür ist die chinesische Export-Import-Bank (Exim), die den Kredit auch verwaltet. Kommt ein Kredit zustande zahlt die Exim Bank die Rechnungen des Auftragnehmers der Maßnahme – also nicht direkt an den jeweiligen Emp-

fängerstaat. Die Maßnahme (z.B. ein Kraftwerk) geht dann in den Besitz des Landes über und dieses zahlt den Kredit zurück – aus chinesischer Sicht im besten Fall über die Zusicherung von Rohstofflieferungen oder Abbaulizenzen für Rohstoffe (dieses Grundgerüst wird als Angola-Modell bezeichnet). Als Auftragnehmer im Angola-Modell und bei anderen Hilfskrediten kommen neben den Firmen der Länder selbst vor allem chinesische Firmen in Frage: im Schnitt müssen mindestens 70% der Kreditsumme oder der Aufträge an chinesische Firmen vergeben werden.

Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen (auch in den Rohstoffbereich) sind etwas, was Afrika dringend benötigt – und etwas, für das in westlichen Entwicklungshilfepföpfen kaum Volumen ist. So kommt man zum Ergebnis, dass das chinesische Engagement in Afrika in diesen Bereichen durchaus das Potential hat, einen positiven Effekt auf die weitere Entwicklung der Staaten zu nehmen. Lucy Corkin vom Center for Chinese Studies der Universität Stellenbosch, betont allerdings, dass die afrikanischen Staaten noch nicht so ganz wissen, wie sie mit diesem Potential umgehen sollen und so viele Maßnahmen verpuffen.

Keine politischen Bedingungen

Der pragmatische Ansatz der chinesischen Maßnahmen hat aus Sicht vieler afrikanischer Staaten entscheidende Vorteile: sie haben etwas, was als Kern weiterer Entwicklung taugt und sie haben eine langfristigen Partner/ Abnehmer ihrer Produkte gefunden. Und (hier könnte die Kritik auch schon beginnen) sie müssen sich nicht vorschreiben lassen, wie sie zu regieren haben. Das Fehlen politischer Konditionen bei der Vergabe der Gelder wird in Afrika selbst als Vorteil gesehen. In Europa sieht man dies (in Politik und Presse) durchweg negativ, da mit dieser Maßnahme, so das Credo, Unrechtsregime am Leben erhalten werden und Korruption gefördert wird – gängige Beispiele sind Zimbabwe, Angola und der Sudan. Jeder dieser Fälle zeigt jedoch im Detail, dass der moralisch hohe Standard der westlichen Seite kaum noch von Belang ist, wenn es um günstige Rohstoffe geht (das angolische Öl fließt nach China und in die USA) und das es der chinesischen Seite nicht prinzipiell darum geht, ein repressives Regime zu stützen.

Der sudanesischen Konflikt entsteht genau an der Nahtstelle von Ressourcenzugriff. Der – größtenteils noch potentielle – Ölreichtum des Landes hat einerseits dazu geführt, dass der Norden und die Gegend um die Hauptstadt eine erstaunliche Entwicklung erlebt haben, andererseits ist das Bedürfnis nach Absicherung dieses Entwicklungsweges gestiegen. Chinesische Ölfirmen, allen voran CNPC, haben im Sudan die Ausbeutung der Ölquellen überhaupt

erst ermöglicht und sehen sich nun mit ungelösten alten Konflikten vor Ort konfrontiert. Die Diskussionen um mögliche Sezessionen des Landes betreffen auch ihre Investitionen – CNPC hat allein aus diesem Grund schon kein Interesse an einer sich verschärfenden Bürgerkriegssituation, die in einer Teilung münden kann/wird. Unter diesem Aspekt liegt es nahe, das Regime in Khartum so zu beeinflussen friedliche Lösungen zu erarbeiten, die die Integrität des Landes nicht gefährden.

Sudan als Stellvertreterkonflikt

Chinas Ölfirmen sind nicht zufällig gerade im Sudan aktiv: die sudanesischen Öl-Quellen sind eine der wenigen Fördergebiete, die nicht bereits unter den großen (westlichen) Ölfirmen aufgeteilt sind. Der Sudan ist also eines der verbliebenen Länder, in die chinesische Ölfirmen überhaupt investieren können. Das konkrete Verhalten von CNPC im Sudan ist kritisch zu beurteilen, denn es sind mitunter Wünsche und Sicherheitsbedürfnisse der Ölfirma, die die vorhandenen Konflikte zu gewaltsamen Gefechten ausarten lassen.

Der westliche Vorwurf, China würde bewusst oder aus Nachlässigkeit die sudanesischen Konflikte verschärfen, begründet sich unter diesem Blickwinkel selbst als durchaus wirtschaftlich motiviert: denn auch der Westen hat Interesse am sudanesischen Öl (Total zahlt für seine ungenutzte Konzession im Sudan jährlich ca. 1,5 Millionen Euro an Khartum). Der Zerfall des Sudan in mehrere Teilstaaten würde westlichen Interessen mehr dienen, als ein Sudan, der seine territoriale Integrität behält – oder präziser: der Westen arbeitet im Sudan auf eine Aufspaltung hin um seinen Konzernen den Zugang zu ermöglichen.

Afrika ist unser

In der westlichen Presse gewinnt man Chinas Afrikapolitik wenig Positives ab – unter anderem chinesische Waffendeals erscheinen jeder Moral. China und die chinesischen Unternehmen eröffnen dem afrikanischen Kontinent aber eine Alternative zu der an entmündigenden Umstrukturierungsmaßnahmen geknüpften Entwicklungshilfe der westlichen Staaten. Chinas Hilfe ist aber nur scheinbar an wenig Konditionen geknüpft. Einerseits wird mit dem Argument der Nicht-Einmischung keinerlei politische Verantwortung für das Regime übernommen, das China mit seinen Krediten und Hilfeleistungen unterstützt, andererseits wird implizit erwartet, dass wenn ein Land sich mit chinesischen Firmen (und damit dem Staat) einlässt, es auch die chinesischen Spielregeln übernimmt: und diese sind kapitalistisch. Die eingangs unterstellte Situation von bei-

derseitigem Gewinn realisiert sich nur dann, wenn die afrikanischen Staaten wissen, was sie von China wollen.

Das chinesische Engagement hat Afrika eine neue Aufmerksamkeit auch im Westen beschert und wirkt so als Treibsatz für die weitere Entwicklung – und vielleicht auch für zukünftige Konflikte.

Andreas Seifert

Beitrag erschienen in Friedensjournal 6/2008



Gemessen am Finanzvolumen ist China kein nennenswerter Waffenhändler in Afrika, verglichen mit europäischen und amerikanischen Firmen. Chinesische Waffen sind dennoch gerade in den afrikanischen Konflikten von immenser Bedeutung, gerade weil ihr technologisches Niveau gering ist. Handfeuerwaffen sind im Vergleich zu Raketen, Panzern und Flugzeugen billig und universell einsetzbar. Chinas Exportbestimmungen sind lax und Waffenhandel (auch im kleinen Umfang) stellt für den Militärisch-Industriellen-Komplex und die Regierung in erster Linie ein Handel dar.

Information

Die Informationsstelle Militarisation (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:

Informationsstelle Militarisation e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. wieder.

IMI
Informationsstelle
Militarisation e.V.